

Die vorliegende Schrift ist eine gestraffte und vereinfachte Übersetzung des Wahlprogramms der Partei VMRO-DPMNE. In Teilen kommt es zu Wiederholungen von Maßnahmen, die schon andernorts aufgeführt wurden. Für den Inhalt ist ausschließlich die Partei verantwortlich. Die Übersetzung und Zusammenfassung ist ohne Gewähr.

Inhalt / Übersicht

I. „Our Vision“ – Mazedonien, wie es sein wird.....	2
II. Das Programm der VMRO-DPMNE.....	3
1. Wirtschaft	
1.1 ökonomisches Wachstum.....	2
1.2 Landwirtschaft	6
2. Energie.....	7
3. Wissenschaft und Technologie.....	8
4. Infrastruktur.....	10
5. Tourismus.....	11
6. Umwelt	11
7. Reformen des politischen Systems.....	12
8. Korruptionsbekämpfung und Aspekte einer „Good Governance“	12
9. Mazedonien und die Welt.....	14
10. Sozialsystem	15
11. Gesundheit, Sport und Körperkultur.....	15
12. Erziehung.....	17
13. Kultur.....	18
14. Bevölkerung und demographische Entwicklung.....	18
III. Übersicht über die Fristen.....	20

I. „Our Vision“ – Mazedonien, wie es sein wird

Das Vorwort des Parteivorsitzenden Nikola Gruevski ist ein starkes Bekenntnis zu Mazedonien, wie es war, zu dessen Geschichte, dessen Menschen und Landschaften, vor allem aber zu einem Mazedonien, wie es sein wird.

„**Wiedergeburt in 100 Schritten**“ heißt deshalb das vorliegende Programm. Das impliziert nicht nur die Rückbesinnung auf traditionelle, in der Bevölkerung tief verwurzelte Werte, sondern vor allem auch den Beginn einer „neuen Ära“.

Grundlage dieser inneren Erneuerung sind der VMRO-DPMNE zufolge die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, die das mazedonische Volk in seinem Selbstvertrauen gestärkt haben, und zum anderen die Etablierung eines **neuen Wertesystems**. Nur mit Toleranz und gemeinschaftlichem Handeln, mit Harmonie und Entschlossenheit ließen sich die fundamentalen Interessen und Ziele des Landes verwirklichen.

Im Mittelpunkt der Reformen stehen für den Wirtschaftsfachmann und Parteivorsitzenden Nikola Gruevski die **wirtschaftliche Entwicklung** und der **Fortschritt**. Das vorliegende Programm ist deshalb auch das Ergebnis der Zusammenarbeit von Experten der heimischen Universitäten, Fachleuten der mazedonischen Akademie der Künste und Wissenschaften, Vertretern von NGOs, Geschäftsleuten und ausländischen Wirtschaftsexperten. Darüberhinaus wurden Wirtschaftskammern, Handelsorganisationen und Lokalbehörden konsultiert.

Die Partei bekennt sich zu den europäischen, christlich-demokratischen Werten. Sie setzt sich ein für die Entwicklung einer „**Europäischen Identität**“ Mazedoniens und für die **Aufnahme in die EU und die NATO**.

Der Parteivorsitzende sieht großes Potential im heutigen Mazedonien, aber auch den langen Weg, den es zurückzulegen gilt, bis dieses Potential zur Entfaltung kommen kann. Und er sieht den Wunsch nach Veränderung, da das Vertrauen, das die Wähler der SDSM 2002 schenkten, enttäuscht wurde. Das vorliegende Programm soll die wesentlichen Stationen auf dem Weg zu einem „besseren“, d.h. einem **demokratischen, ökonomisch starken und sozial gerechten** Mazedonien aufzeigen.

II. Das Programm der VMRO-DPMNE

1. Wirtschaft

1.1 ökonomisches Wachstum

Die Hauptziele, die sich die Partei im Bereich der Wirtschaft setzt, sind die Zunahme des BIP um 6-8%, Verdoppelung des Pro-Kopf-Einkommens in den nächsten zehn bis zwölf Jahren und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Laut Programm ist der Maßstab des Erfolges die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Um das zu verwirklichen, soll die Attraktivität Mazedoniens für in- und ausländische Investoren erhöht werden. Der Staat wird sich künftig in Privatgeschäfte nicht einmischen. Es wird weniger, dafür aber qualitativ bessere und transparentere Unternehmensinspektionen geben.

Das Wahlprogramm sieht die Einrichtung spezieller Gerichte vor, die sich mit Handelsstreitigkeiten befassen. Die Korruption soll bekämpft und ein einfaches, transparentes Finanz- bzw. Steuersystem etabliert werden. Daneben will die Partei verstärkt Bürokratieabbau betreiben und die Verwaltung effizienter gestalten. Zunächst soll eine Funktionsanalyse aller Ministerien vorgenommen und anhand dieser Ergebnisse ein Strategieplan entwickelt werden (**Frist: 2006**). Ein größtmöglicher Bürokratieabbau und eine effiziente Korruptionsbekämpfung sollen durch Deregulierung, Abbau von Kann-Bestimmungen und Kontrollmöglichkeiten durch die Bürger ermöglicht werden (**2006-2010**). Im Hinblick auf die Beamtenschaft ist eine völlige Depolitisierung und Professionalisierung angestrebt durch Einführung von Einstellungs- und Aufstiegsriterien (basierend auf Wissen und Berufserfahrung) (**Frist: 2007**).

Durch Preissenkungen im Telekommunikationsbereich und durch die Verbesserung des Verkehrsnetzes soll die Infrastruktur verbessert werden. Des Weiteren soll nun auch das „Einschalersystem“ (Front desk – back desk), das bereits 2002 Teil des Programms war, zum Einsatz kommen.

Das Wahlprogramm sieht Investitionen in neue Technologien, in die Ausbildung und Qualifikation der Arbeitskräfte vor. Darüber hinaus sind mikroökonomische Reformen (**Beginn: 01.01.2007**) geplant. Dazu zählt insbesondere die Erleichterung von Unternehmensgründungen. Registrierungen von neuen Unternehmen sollen spätestens innerhalb von drei Tagen möglich sein. Verwaltungsarbeiten und Behördengänge werden minimiert, beispielsweise durch die Einführung eines

einzigem standardisierten Formulars („silence means agreement“¹). Des Weiteren können Unternehmen von nun an ohne Angabe der Betätigung, sowie ohne minimales Grundkapital gegründet werden. Die Gebühren für die Registrierung sind von der Unternehmensgröße unabhängig.

Spätestens bis zum **31.03.2007** soll ein Deregulierungs- und Reformprozess in Gang gebracht werden. In diesem Zusammenhang ist häufig von der „**regulatory guillotine**“ die Rede. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein innovatives Reformprogramm, wie es laut OECD und Weltbank in Ländern wie Schweden, Ungarn, Südkorea und Mexiko in den 90er Jahren und heute in Moldawien und der Ukraine hervorragende Erfolge zeigt/e. Es sollen alle Merkmale von Ineffizienz und „Anti-Marktwirtschaft“ (Preiskontrolle, Protektionismus, Diskriminierung, Rechtsunsicherheit) beseitigt werden. Im Gegenzug soll ein für alle (Behörden) verbindliches elektronisches Register für Genehmigungen, Autorisierungen und Zertifikate (ENER) zum Einsatz kommen. Die entsprechenden Verfahren sollen damit einfacher und schneller gestalten werden. Genehmigungen können damit in Zukunft innerhalb von zehn Tagen gewährt werden.

Um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, zwei Schwächen der mazedonischen Wirtschaft, zu stimulieren, sollen durch Steuersenkungen die Produktionskosten gedrückt werden. Des Weiteren ist man um die Harmonisierung des Arbeitsgesetzes bemüht, um die Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern. Vorgesehen sind die Senkung der Gewinnsteuer von 15% auf 10%, der Einkommenssteuer von 15%, 18% und 24% auf 10%, sowie die Abschaffung der Steuer für reinvestierten Gewinn.

Vorgesehen ist auch eine Ausgabensenkung. Der Anteil der Staatsausgaben im BIP soll um zwei Prozentpunkte reduziert werden (**Frist: 2010**). Kosteneinsparungen sind insbesondere auf dem Gebiet des Fuhrparks und des Bürobedarfs vorgesehen (30% **2008-2010**).

Daneben soll eine Restrukturierung der Staatsausgaben vorgenommen werden. Geplant ist eine Erhöhung der Kapitalinvestitionen von 3% auf 5% des BIP zur Finanzierung der Infrastruktur, der Erziehung und Gesundheit (**Frist: schrittweise, beginnend ab 01.01.2007**). Die Gesamtinvestitionen (öffentliche und private, sowie direkte) müssen, so die Partei, mehr als 25% des BIP betragen.

Die VMRO-DPMNE plant die Einführung von mindestens zwei Investmentfonds, einen davon ausschließlich für die Landwirtschaft als besonders bedeutender

¹ Erhält der Antragssteller binnen von drei Tagen keine Antwort der zuständigen Registrierungsbehörde, ist diese zur Herausgabe der Registrierungsdokumente verpflichtet bzw. wird das Unternehmen automatisch registriert.

Wirtschaftszweig. So sollen jährlich drei bis fünf Millionen Euro des Haushalts direkt in die Wirtschaft investiert und private Unternehmen beispielsweise mit Consulting oder professionellem Management unterstützt werden.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen werden als wichtige Komponenten einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung gefördert. Maßnahmen zur Lösung zentraler Probleme (Kapitalbeschaffung, administrative Barrieren, Regulierungen und Rechtsunsicherheit) sollen auf den Weg gebracht werden (**Frist: 31.03.2007**). Kleine Exportunternehmen werden zukünftig staatlicherseits zur Entwicklung bzw. Aufrechterhaltung von Exportstrukturen unterstützt. Zukünftig soll die Verwirklichung Erfolg versprechender (Export)Ideen nicht mehr durch finanzielle Engpässe gehemmt werden. Ein „Guarantee Fund“ (GF) übernimmt die Finanzierung und zahlt nach Abzug der Eigenkosten das Geld an die Exportunternehmen aus.

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sollen mehr Unterstützung finden. Dazu gehört beispielsweise die Gründung eines Management Education Centers (bestehend aus einem Konsortium der erfolgreichsten Wirtschaftsunternehmen des Landes) (**Frist: 2007**).

Im Management soll vermehrt auf Mehrsprachigkeit und IT-Kenntnissen Wert gelegt werden. Des Weiteren ist vorgesehen, 500 heimische Manager vier Monate lang in renommierten international arbeitenden Unternehmen ausbilden zu lassen und anschließend noch einmal zwei Monate in wirtschaftlich „entwickelteren“ Industrieländern. Gleichzeitig will man fünf Consultingunternehmen für fünf verschiedene Wirtschaftsbereiche engagieren, die an der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit privater Unternehmen arbeiten werden.

Daneben sind auch makroökonomische Maßnahmen vorgesehen. Die Haushaltsverschuldung soll auf 1,5% des BIP (Maastricht-Kriterium!) gehalten werden. Im Falle eines BIP-Zuwachses von 5-8% pro Jahr werden die finanziellen Verpflichtungen auf 35% des BIP reduziert werden können.

Die Nationalbank ist als unabhängige Institution verantwortlich für die Geldpolitik, d.h. für die Aufrechterhaltung der Preisstabilität, die Verbesserung der Effektivität des Bankensystems und die Bankenaufsicht. Die Partei möchte Bedingungen schaffen, die den Banken eine Investition ihrer Finanzressourcen in die Wirtschaft zu einem Zinssatz von 8-10% **in den ersten Jahren** und einem „europäischen Zins“ von 5-6% **bis Ende 2008** ermöglichen.

Ein weiterer Ehrgeiz besteht in der Bekämpfung der Schattenwirtschaft. Geplant ist eine dreimonatige Frist, innerhalb der die betroffenen Unternehmen Schwarzarbeit legalisieren können (**Frist: Oktober-November-Dezember 2006**). Durch Senkung der Einkommens- und Gewinnsteuer, sowie flexiblere Kündigungsregelungen und

eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten z.B. für Mütter (**Frist: 31.12.2006**) sollen Anreize zu legaler Beschäftigung (Registrierungen!) geschaffen werden (**Frist: 31.03.2007**). Zusätzlich werden die Kosten durch Vereinfachung und Verkürzung des relevanten Genehmigungsverfahrens reduziert (**Frist: 31.03.2007**).

Eine moderne und dynamische Wirtschaft erfordert den Schutz der Verbraucherinteressen. Die Regierung ist darüber hinaus bemüht, die Rechte der Gläubiger zu wahren und den Privatsektor zu stärken. Außer den Gerichten sollen nun auch private Gläubiger in der Lage sein, Besitz (Hypotheiken) zu konfiszieren. Zusätzlich zum öffentlichen Kreditregister sollen private Kreditbüros geschaffen werden und gleichzeitig das Kredit- und Zentralregister reformiert werden (**Frist: Juni 2007**). Es wird sich um mehr Transparenz und Informationsfluss bemüht. Das soll auch im Gerichtswesen deutlich werden: Der Prozessverlauf wird eine Vereinfachung und Verstetigung erfahren.

Des Weiteren wird im Wahlprogramm auf den Schutz der Eigentumsrechte und insbesondere auch auf die Stärkung der Rechte von Aktionären großen Wert gelegt. Geplant ist die Einrichtung von „technological industrial development zones“ (TIDZ), die zu Schlüsselzentren der High-tech Industrie werden sollen. Steuervergünstigungen und –freistellungen, niedrige Pachtbeträge, staatlicherseits finanzierte Fabrikgebäude und Lohnunterstützungsleistungen (in den ersten zwei Jahren)² sollen als Investitionsanreize dienen. Zielgruppe sind Unternehmen, die bereit sind, ein Minimum von zwei Millionen Euro innerhalb der ersten zwei Jahre zu investieren und mindestens 30 Angestellte beschäftigen.

Einer dieser Technologieparks soll zum Zentrum der Softwareindustrie in Mazedonien werden („Vardar Silocone Valley“) (**Frist: 01.01.2007**) und Mazedonien zu einem der Hauptexporteure von Software machen.

Man möchte 20 bis 50 routinierte Investment-Beratungsfirmen anwerben (**Frist: Januar 2007**). Zusammen mit dem „Team Macedonia“³ sollen sie u. a. das wirtschaftliche Image des Landes fördern (**Frist: 01.01.2007**).

In diese Richtung zielt auch das Projekt „Invest Macedonia“, das, dem Beispiel Irlands folgend, Export- bzw. Investmentvorhaben mazedonischer bzw. ausländischer Unternehmen zukünftig koordinieren und fördern wird (**Frist: 01.01.2007**). Ergänzt werden soll diese Einrichtung, die alle bisher existierenden Institutionen zusammenfasst, durch ein Netz von etwa 20 Büros im Ausland und ein

² Ähnlich dem deutschen Kombilohnmodell

³ Eine vom Premierminister geleitete Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Wirtschaftskammern, Managern, Unternehmern

umfangreiches Datensystem. In der Zukunft soll Mazedonien ein bevorzugtes Land für Outsourcing aus den EU-Ländern werden (**Frist: 01.01.2007**).

Vorgesehen ist auch die Einführung obligatorischer Zertifikate sowohl für mazedonische Exportprodukte als auch für importierte Güter („Red Sun“). Durch dieses System soll nicht nur ein gewisser Qualitätsstandard sichergestellt, sondern vor allem die Produktqualität der Exportgüter und damit deren Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden (**Frist: 30.06.2007**). Weiterhin soll die Kampagne „Buy Macedonian Products“ („Yellow Sun“)⁴ fortgesetzt werden (**Frist: 31.12.2006**).

1.2 Landwirtschaft

In Mazedonien leben 180.000 Familien von der Landwirtschaft. Die staatlichen Subventionen werden in diesem Bereich deshalb jährlich zunehmen. Das entsprechende Haushaltsbudget soll **bis 2010** von 6,8 auf 20 Millionen Euro angehoben werden. Es sollen vor allem diejenigen Produkte unterstützt werden, die auf dem Weltmarkt besonders nachgefragt werden (**Frist: 01.01.2007**) bzw. solche, die nicht zu Mazedoniens traditionellem Angebot gehören. Im Einzelnen sind das Milch, Tabak, Trauben, Äpfel, Weizen, Lammfleisch und das sog. „Biofood“.

Nach Anpassung der Gesetzgebung an die EU-Standards dürfen die Erzeuger von Agrarprodukten auch mit Zahlungen aus dem SAPARD Programm⁵ der Europäischen Kommission rechnen (**Frist: 2009-2010**).

Der Landwirtschaft sollen günstigere und längerfristige Darlehen eingeräumt werden (**Frist: 2007**), d.h. Kredite mittlerer Laufzeit für Investitionen in Ausrüstung und Gebäude, sowie kurzfristige Darlehen zur Bereitstellung von Arbeitskapital.

Insgesamt soll der Wettbewerb stimuliert werden, u. a. auch durch die Begünstigung ausländischer Investitionen. Um den Handel anzukurbeln, plant die Partei bis **Oktober 2006** eine Mehrwertsteuersenkung von 18% auf 5% durchzuführen sowie ein Unternehmen zu gründen, das sich auf den Export mazedonischer Produkte spezialisiert und von einem international erfahrenen Management geleitet wird (**Frist: Dezember 2006**).

⁴ Erfolgreiche Kampagne, die die Bürger in den Jahren 1998 – 2002 animierte, Mazedonische Produkte zu kaufen.

⁵ Das SAPARD Programm (Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development) ist eine Initiative der Europäischen Kommission aus dem Jahre 1998. Es soll die Kandidatenländer Zentral- und Osteuropas im Vorfeld des Beitritts finanziell unterstützen, insbesondere bei der Durchsetzung des sog. *acquis communautaire* (gemeinschaftlicher Besitzstand des EU-Rechts) hinsichtlich der gemeinsamen Agrarpolitik (CAP). Es ist eines der drei Finanzinstrumente der EU (SAPARD, ISPA, Phare), das zwischen 2000 und 2006 (solange Rumänien und Bulgarien noch nicht beigetreten sind) greifen soll.

Darüber hinaus soll die Verteilung von (staatseigenem) Agrarland neu und gerecht geregelt werden (**Frist: März 2007**) und ein entsprechendes Katasteramt eingerichtet werden (**Frist: Juni 2007**). Im Hinblick auf die Bodennutzung werden die Renovierung und der Ausbau der Bewässerungsanlagen forciert. Gleichzeitig soll das Agrarland vor Hochwasser geschützt werden (**Frist: sofort**).

Unkontrollierte Rodungen sollen eingedämmt und gleichzeitig die Waldflächen vergrößert sowie die Holzindustrie gefördert werden.

2. Energie

Auf dem Energiesektor strebt die Partei eine Liberalisierung und Rekonstruktion an, sowie eine teilweise Privatisierung unter Wahrung der staatlichen Dominanz.

Neben einer rationellen Verwendung von Kohle, steht vor allem das Erdgas als Energielieferant im Fokus des Interesses. Das wird vor allem im Ausbau der Gaspipelines zum Ausdruck kommen. Gas soll als alternative Energiequelle in Privathaushalten und in der Industrie zum Einsatz kommen und die Ölmotoren in öffentlichen Verkehrsmitteln, Taxis u. ä. ersetzen. **Bis spätestens 2009** soll ein Elektrowärmeleistungswerk auf Erdgasbasis gebaut werden. Außerdem will man **bis 2010** das Gaskraftwerk TEPS Negotino modernisieren. Dazu werden Co-Investoren gesucht, die sich an dem 250 Millionen-Euro-Projekt beteiligen sollen. Auf diese Weise kann Mazedonien von einem Importeur zu einem Exporteur elektrischer Energie werden. In der Zukunft soll das Land zur Schaltstelle beim Transfer von Elektroenergie in der Region werden (von Russland nach Albanien und in den Kosovo, sowie von Nordafrika nach Europa); **bis 2008** werden die Leitungen nach Bulgarien, Serbien und Albanien ausgebaut, und die Nebenstellen verbessert.

Als länderübergreifendes Gemeinschaftsprojekt wird in Bulgarien ein Nuklearreaktor zur Elektrizitätsgewinnung gebaut. Innerhalb Mazedoniens sollen neue Minenkapazitäten erschlossen werden und eine Weiterbenutzung des Kraftwerkes TEPS Bitola bis 2020 ermöglichen.

Andererseits soll verstärkt auf erneuerbare Energien umgestiegen werden. Neben Biodiesel und Bioäthanol setzt man vor allem auf die Wasserkraft. Insbesondere auch durch ausländische Investoren sollen **bis Ende 2007** alle drei Wasserkraftwerke des Landes in Betrieb genommen werden. Zusätzlich sind kleinere Kraftwerke geplant.

3. Wissenschaft und Technologie

Die Wissenschaft wird eine zentrale Stellung in der Gesellschaft einnehmen. Deshalb soll die Forschung aus Haushaltsmitteln gefördert und damit die Abwanderung von

Experten und qualifiziertem Fachpersonal eingedämmt werden. **Bis 2010** soll die Zahl der Abwanderer um 50% reduziert werden.

Die Kooperation mit ausländischen Forschungsinstituten wird gefördert, sowie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung unterstützt. Auf diese Weise kann know-how weitergegeben und praktisch genützt werden. Dazu beitragen soll auch die verstärkte Veröffentlichung wissenschaftlicher Beiträge in internationalen Fachzeitschriften.

Im Rahmen des Projekts „Macedonia – Land of IT Engineers“ sollen 5.000 IT Ingenieure sowie Informatikstudenten durch monatliche Stipendien in Höhe von 5.000 Den⁶ finanziell unterstützt werden. Des Weiteren werden die entsprechenden Fakultäten subventioniert und eine private Informatik-Fakultät geplant (teils haushaltsfinanziert, teils durch Anleihen, z.B. von der Weltbank) (**Frist: 2006-2010**).

Computer und Internet sollen wesentliche Bestandteile des modernen täglichen Lebens werden. Durch Schulungen und erschwingliche Preise für neue wie auch gebrauchte Computer soll die Bevölkerung an dieses Medium herangeführt werden.

Im Rahmen des Projekts „My First Computer“ werden 50.000 PC's Schulen zur Verfügung gestellt und Bürgern zum Einkaufspreis angeboten (**Frist: 31.03.2007**).

Das wird der Beginn einer umfassenden Computerisierung der Schulen sowie der Einführung des Faches „Informatik“ (**Frist: 2007**). **Bis 2008** soll die Internetinstallation vorangetrieben und zeitweise kostenlose Online-Nutzung ermöglicht werden (teils haushaltsfinanziert, teils durch ausländische Spenden und der Beteiligung von heimischen und internationalen Computerfirmen).⁷

Technologieinvestitionen werden im Programm als entscheidender Faktor zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnet. Bis **Dezember 2006** soll für eine Dauer von 5 bis 8 Jahren ein eigenes Ministerium für Informationstechnik eingerichtet werden.

Die IT-Technologie soll auch auf anderen Gebieten Verwendung finden. Die Partei möchte eine neue Krankenkassenkarte im EC-Kartenformat einführen, auf der alle Informationen über den Patienten gespeichert sind (**Frist: 2007**). Ebenfalls vorgesehen ist die Einführung des sog. „Document Management System“ im Gerichtswesen (**Frist: 30.06.2007**).

Innerhalb der ersten sechs Monate werden alle regionalen Einheiten des Innenministeriums computerisiert, so dass die Bürger von nun an innerhalb von 30 Minuten Zugang zu ihren persönlichen Dokumenten haben (**Frist: 2007**). Auch die

⁶ ca. 85 Euro

⁷ Ähnlich dem estnischen Modell

öffentliche Verwaltung soll computerisiert und **bis spätestens 2008** nach den internationalen ISO Standards organisiert werden.

Des Weiteren soll das Register des Landesgrundbuchamts der Republik Mazedonien vollständig digitalisiert werden (**Frist: 31.12.2007**).

Schließlich will man erneut die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs fördern. Die Beamten des öffentlichen Dienstes sollen über EC-Karten Zugriff auf ihre Gehälter haben. Zu Beginn dieses Projekts werden nur 50% des Gehalts, nach einer sechsmonatigen „Eingewöhnungs-“ bzw. Übergangsphase schließlich der vollständige Betrag ausbezahlt. Die Partei hofft, Anreize zu diesem System auch im Privatsektor zu schaffen.

Voraussichtlich **bis 31.12.2007** werden alle Grenzübergänge miteinander vernetzt sein und mit dem Informationssystem der EU verbunden werden. Damit ist eine der Vorbedingungen für die Abschaffung des Schengen Visa-Regimes erfüllt.

Bereits im ersten Regierungsjahr will man Gesetze einbringen, die aus Mazedonien eine E-Society machen sollen. Dazu gehören ein Gesetz über e-trade, e-commerce und Internet-banking sowie ein Gesetz über POS-Terminals an jedem Verkaufspunkt und Fernarbeit. Darüber hinaus ist die Einführung einer persönlichen ID Nummer und/oder e-ID Karte zur digitalen Identifizierung eines jeden Bürgers geplant. Diese Maßnahmen sollen bis **spätestens Ende 2007** durchgeführt sein.

4. Infrastruktur

Durch Mazedoniens Lage am Schnittpunkt vieler Verbindungslinien kommt der Verbesserung der Verkehrswege eine große Bedeutung zu. Von den geplanten Projekten werden zugleich positive Impulse für andere Probleme, die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Situation, erwartet.

Im ersten Jahr soll ein nationaler Aktionsplan entwickelt und mit der Lizenzenvergabe an in- und ausländische Investoren für den Bau des Korridors 8⁸ begonnen werden. **Bis Ende 2008** soll der Korridor 10⁹ fertig gestellt sein.

Bis 2010 werden das regionale Straßennetz und einige Autobahnabschnitte ausgebaut sowie asphaltiert bzw. modernisiert sein.¹⁰ Ebenfalls **bis 2010** sind zusätzliche Grenzübergänge nach Bulgarien, Griechenland und Albanien geplant. Weitere Projekte betreffen die Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur.

⁸ Ost-West-Achse

⁹ Nord-Süd-Achse

¹⁰ Im Einzelnen geht es dabei um den Ausbau der Autobahn bzw. Eisenbahnstrecke in Ost-West-Richtung (Türkei – Bulgarien – Mazedonien – Albanien) und um die Fertigstellung der Autobahn in Nord-Süd-Richtung (Serbien – Montenegro – Mazedonien – Griechenland).

Geplant ist, 2.500 Sozialwohnungen (speziell auch für Jungverheiratete) bauen zu lassen und das Bewusstsein in der Bevölkerung für das Lebensumfeld zu fördern.

Einen anderen Schwerpunkt bildet die Wasserversorgung. **Bis Ende 2007** sollen die bereits existierenden Wasserwerke voll in Betrieb genommen bzw. fertig gestellt sein (Ausnahme: Gostivar, **2008**). **Bis 2010** ist der Bau eines neuen Wasserwerkes vorgesehen.

Bis Ende 2008 sollen neue Klär- und Filteranlagen gebaut werden. Hand in Hand damit geht die Kontrolle der Qualität und Quantität des Grund- und Oberflächenwassers sowie die Erneuerung und der Ausbau der Wasserleitungen.

Im Bereich der Telekommunikation wird eine volle Demopolisierung und Deregulierung (**in den ersten drei Monaten**) des Telekommunikationsmarktes angestrebt. Der Telefonsektor (Festnetz) soll liberalisiert und mindestens ein weiterer Mobilfunkanbieter zugelassen werden (**due date: 2006**). Das ist gleichbedeutend mit der geplanten Förderung und Regulierung des Wettbewerbs unter den Kabelanbietern (**due date: 31.12.2006**).

Bis Ende 2006 sind Reformen des Rundfunkgesetzes und die Schaffung einer kleinen und effizienten Verwaltung sowie unabhängiger Regulierungskörperschaften vorgesehen.

5. Tourismus

Die VMRO-DPMNE ist bestrebt, den Tourismus in Mazedonien zu fördern und somit ausländisches Kapital ins Land zu holen. Geplant sind der Ausbau der Infrastruktur in den Touristenzentren, die Instandhaltung von Flughäfen und Grenzübergängen (**Frist: 2006-2010**) sowie der touristischen Attraktionen (z.B. Museen, archäologische Stätten, Hotels, Restaurants, Ferienlager etc.). Das Angebot an organisierten Reisen und kultureller Programme soll erweitert und Werbekampagnen in zahlreichen internationalen Medien gestartet werden. Des Weiteren ist eine spürbare Verbesserung des Verhaltens der Zollbeamten und Polizisten an den Grenzübergängen geplant. Gleichzeitig sollen durch ein rigoroseres, aber einfacheres Zollsystem die Zolleinnahmen des Staates erhöht werden.

Man strebt eine Verbesserung und Modernisierung des Angebots in allen Bereichen des sozialen Lebens an: Verbesserung des Bankenservices durch mehr Wettbewerb, Ansiedlung ausländischer Banken und Übernahme internationaler Standards, höherer Qualitätsstandard in der medizinischen Versorgung für ausländische Kunden (insbesondere aus den Nachbarländern).

Schließlich sollen die Investitionen großer Hotelanlagen und Reiseanbieter unterstützt werden.

6. Umwelt

Besondere Aufmerksamkeit gilt auch dem Umweltschutz. Die nationale Gesetzgebung soll an die EU-Gesetze angepasst werden.

Der Staat bemüht sich um den rationellen Einsatz der natürlichen Ressourcen und will zu diesem Zweck auch das öffentliche Umweltbewusstsein fördern (Schulen, öffentliche Kampagnen, Veröffentlichung populärwissenschaftlicher Arbeiten, Einführung des LEAP (Local Ecological Action Plans) in zahlreichen Gemeinden).

Geplant ist die Einführung eines Informations- und Überwachungssystems über die Müllproduktion, die Wasser-, Luft- und Bodenqualität (Umweltkataster). Es soll das „polluter pays“ – Prinzip eingeführt, Steuer- und Zollanreize für umweltfreundliche Technologien geschaffen werden. Die Kosten für den Umweltschutz sollen künftig in die Preiskalkulation für Güter und Dienstleistungen einbezogen werden.

Die Revitalisierung und Rekonstruktion bestehender großer Abwässerwiederaufbereitungsanlagen (Vranista-Struga, Ezerani-Resen etc.), Überwachungsstationen entlang des Flusses Vardar sowie der Bau moderner Mülldeponien sind vorgesehen. „Für ein sauberes Veles“ sollen modernste Filter und Reinigungsanlagen in den Blei- und Zinkschmelzhütten installiert werden und insgesamt vier Projektstudien realisiert werden (u. a. zur Senkung der Schwermetallbelastung). Die Gasversorgung der privaten Haushalte soll gewährleistet werden und als ökologischer Ersatz in der Industrie Verwendung finden. Dadurch kann die Luftverschmutzung durch sog. künstliche Verschmutzungsquellen gemindert werden (thermoelektrische Triebwerke, Heizkraftwerke, Transportfahrzeuge, Müllverbrennungsanlagen etc.).

Des Weiteren sollen ländliche und urbane Gebiete aufgeforstet (mindestens 2.500 ha/Jahr), Städte und andere dicht besiedelte Gebiete begrünt und betroffene Regionen vor Erosionen und Bodendegeneration geschützt werden.

Schließlich will die Partei die „Biological Diversities Convention“ umsetzen. Hierzu soll eine nationale Strategie ausgearbeitet werden, die als langfristige Grundlage für eine Umweltschutzpolitik, d.h. mindestens für die nächsten 20 Jahre fungieren wird. Geplant ist die Einrichtung eines Administrativ- und Nationalrates für Umweltschutz sowie die Einführung eines Registers geschützter Gebiete und deren Klassifizierung in sechs Kategorien.

7. Reformen des politischen Systems

Alle Maßnahmen in diesem Bereich zielen darauf ab, die Funktion der Regierungsinstitutionen als Dienstleister zu sichern. Gewährleistet werden soll dies durch Kontrolle der Beamten, durch regelmäßige Rechenschaftsablegung,

schriftliche Fixierung der Regeln, Respekt vor ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschieden und Gleichstellung in der öffentlichen Verwaltung. Auf Seite der Bürger wird eine Analyse der Ursachen, Häufigkeit und Dringlichkeit ihrer Probleme angestrebt.

Des Weiteren soll der Legislative sowie auch der Judikative zu Analyse Zwecken ein Expertenteam zur Seite gestellt werden. Den Gerichten wird administrative Unterstützung zugesagt. Neben der Unabhängigkeit der Judikative betont das Programm die Rechtssicherheit gegenüber den Bürgern.

Wie schon auf anderen Gebieten wird auch im politischen System nach mehr Effizienz verlangt, weshalb verschiedene Kompetenzen dezentralisiert und auf lokale Behörden übertragen werden sollen.

8. Korruptionsbekämpfung und Aspekte einer „Good Governance“

Die drei Prinzipien, nach denen die neue Regierung ihr Handeln ausrichten will, sind Ehrlichkeit, Transparenz und Verantwortung. Dementsprechend ist das erste verabschiedete Dokument der „Act for Government Responsibility“, der dem organisierten Verbrechen und der Korruption auf allen Ebenen den Kampf ansagt. Zum einen sollen Standards eingeführt werden, um die Einhaltung dieser Richtlinien kontrollieren und die Nichteinhaltung unter Strafe stellen zu können.

Mit der Regierung und der öffentlichen Verwaltung soll begonnen werden (**sofort**), es folgen die Gerichtsbarkeit, der Zoll, die Polizei und andere öffentliche Einrichtungen (**Frist: 30.10.2006**).

Lobbying wird ab sofort durch Gesetze, wie es sie auch in den EU-Ländern gibt, geregelt. Die Regierung ist beim Verkauf von Staatsbesitz nur insofern (begrenzt) involviert als es sich bei den Interessenten um multinationale Unternehmen (z.B. Sony, Volkswagen) handelt.

In diesem Zusammenhang soll auch die Stellung der Antikorruptionskommission gestärkt werden: Sie soll finanziell und gesetzlich unabhängig arbeiten können, dennoch mit anderen Institutionen kooperieren und jedes Trimester Berichte über ihre Ergebnisse veröffentlichen.

Das Erteilen von Lizenzen und Zertifikaten wird transparenter und einfacher gestaltet werden; Vereinfachungen im Steuersystem sollen die Korruptionsbereitschaft zusätzlich mindern.

Der VMRO-DPMNE ist das aktive Engagement der Bevölkerung wichtig. Durch die Verwirklichung des Projekts „Electronic Government“ erhalten die Bürger (elektronischen) Zugang zu allen Informationen, Dokumenten und Formularen rund um alle staatliche Institutionen sowie deren Handeln. Außerdem soll ein „Civil

Journal“ eingeführt werden: Alle drei Monate kann die Bevölkerung anhand standardisierter Formulare die Tätigkeit der Staatsinstitutionen bewerten. Negative Entwicklungen können dadurch erkannt und, wenn nicht rückgängig gemacht, dann zumindest gestoppt werden. Bei einer andauernden negativen Bewertung werden striktere Maßnahmen ergriffen (Entlassungen). Bürger, die Fälle von Korruption zur Anzeige bringen, sollen vor möglichen Repressionen geschützt werden.

„Transparentes Regieren“ bedeutet auch eine transparente Haushaltsführung. Wirtschaftskammern, Handelsorganisationen sowie die Zivilgesellschaft werden deshalb über die Hauptrichtungen der Haushaltspolitik informiert. Der Termin, an dem der Haushaltsplan dem Parlament vorgestellt werden soll, wird nach hinten verlagert (auf spätestens September).

Insgesamt ist die Partei um die Umsetzung der Bestimmungen und Empfehlungen der EU, OECD, UN und GRECO¹¹ sowie der Antikorruptionsinitiative des Stabilitätspaktes bemüht.

Ein wesentliches Projekt ist die Reform des Justizwesens. Ansatzpunkte bilden die EU-Bestimmungen, insbesondere das Prinzip von der Unabhängigkeit der Judikative. Geplant sind eigene Abteilungen für bestimmte Gerichtsfälle (z.B. Wirtschaftsstreitigkeiten). Auch die Richter sollen speziell geschult werden. Vorgesehen sind Trainingsprogramme, die ihre professionellen Kapazitäten erweitern sollen und andere Maßnahmen für ein transparentes, geregeltes berufliches Weiterkommen. Computer werden in Zukunft einen verstärkten Einsatz finden.

Gerechtigkeitsverwirklichung und die Behandlung innenpolitischer Angelegenheiten zählen zu den Prioritäten, die sich die Partei gesetzt hat. Dabei geht es vor allem um die *Durchsetzung* bzw. *Anwendung* der entsprechenden Gesetze: Hierzu gehören die Vereinfachung und Deregulierung sowie die klare Abgrenzbarkeit und Eindeutigkeit der Gesetze. Ein modernes Strafrechtssystem soll seinen Beitrag zu einer effizienten Resozialisierung der Straftäter leisten.

Wie auch schon auf anderen Gebieten sollen auch hier die für das Gerichtswesen relevanten Regelungen der EU aufgegriffen werden. Die Ratifizierung und Umsetzung der Schengenkonvention ist eine weitere Priorität der neuen Regierung. Diese Reformen sollen letztlich dazu beitragen, ein sicheres und stabiles Mazedonien zu schaffen. Darunter zu verstehen ist die Verbesserung des Lebensstandards und die territoriale Integrität und Souveränität: Das bedeutet letztlich aber auch eine vollwertige Mitgliedschaft in der NATO. Die neue Regierung

¹¹ GRECO (Group of States Against Corruption), eine Institution des Europarates, ist zuständig für die Anti-Korruptionsüberwachung.

erklärt sich deshalb dazu bereit, die Zusammenarbeit zu verstärken, insbesondere in der Friedenserhaltung, bejaht aber auch ausdrücklich die Beteiligung im Kampf gegen Massenvernichtungswaffen und Terrorismus. **Bis Ende 2006** sollen die Streitkräfte voll ausgerüstet werden, **bis Ende 2007** wird der Transformationsprozess dann ganz abgeschlossen sein.

9. Mazedonien und die Welt

Zum wichtigsten Ziel auf dem Feld der Außenpolitik erklärt die Partei den EU- bzw. NATO-Beitritt. **Bis 2010** sollen deshalb die von der EU geforderten Reformen durchgeführt sein (u. a. faire und demokratische Wahlen, wirtschaftliche Entwicklung, Korruptionsbekämpfung). Was die NATO-Integration betrifft, so sind u. a. Reformen der Streitkräfte geplant, beispielsweise der Aufbau einer kleinen, aber effizienten Armee mit spezialisierten Einheiten.

Ein weiteres Projekt ist die anvisierte Abschaffung der Schengen-Visa für mazedonische Bürger. Gleichzeitig sollen Gesetze eingebracht und Maßnahmen ergriffen werden, um das organisierte Verbrechen, den Menschen- und Drogenhandel, Geldwäsche sowie den Terrorismus zu bekämpfen. Die Partei möchte verstärkt Außenarbeit leisten, d.h. die im Ausland lebenden und arbeitenden Mazedonier unterstützen, ein spezielles Netzwerk von Emigranten aufbauen sowie die Rückkehr insbesondere von professionellen Fachkräften erleichtern.

Es wird eine vorausschauende Außenpolitik angestrebt, z.B. durch Reformen und den Ausbau des Netzes diplomatischer Vertretungen.¹² In den folgenden Jahren wird die internationale Kooperation intensiviert werden (fortgesetzte Beteiligung an der Antiterror-Koalition etc.). Eine Kooperation hängt grundsätzlich davon ab, ob die Zusammenarbeit auch auf der Grundlage der Gleichberechtigung erfolgt.

Mazedonien sieht sich selbst in der Vorreiterrolle bei der Einführung europäischer Standards auf dem Balkan. Es ist mit der Herausforderung konfrontiert, Südosteuropa zu einer stabilen, sicheren und prosperierenden Region zu machen. Die Partei unterstützt deshalb die Schaffung einer Freihandelszone durch die Integration der SEE-Länder in die CEFTA und andere Organisationen. Entscheidend werden auch die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten (insbesondere zu Griechenland), die Zukunft des Kosovo sowie die Situation der in den angrenzenden Gebieten lebenden Mazedonier sein.

10. Sozialsystem

¹² Der Ausbau wird auch insofern angestrebt, als dadurch die ökonomische Entwicklung gefördert werden soll.

Die beste Sozialpolitik ist die, die neue Arbeitsplätze schafft – so lautet die Devise der Partei. Deshalb sollen Maßnahmen und Programme umgesetzt werden, die bereits im nationalen Strategieplan zur Verringerung der Armut (2002) vorgesehen waren. Im Einzelnen zählen dazu die Verbesserung der Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungssituation von 2.000 Alleinerziehenden und anderen benachteiligten Personen (haushaltsfinanzierte 4 Millionen Euro), die Unterstützung vor allem von Langzeitarbeitslosen und Menschen, die in unterentwickelten Gebieten wohnen, sowie die Integration (z.B. durch Beschäftigung) von 400 Waisen **bis 2010**. Vorgesehen sind hierfür 3 Millionen Euro, stammend aus dem Haushaltsbudget, privaten Unternehmen und Spenden. **Bis 2010** sollen rund 2.000 vorübergehende Arbeitsstellen geschaffen werden (haushaltsfinanzierte 2 Millionen Euro) sowie die Selbstständigkeit (in etwa 5.000 Fällen) gefördert werden (rund 8 Millionen Euro).

11. Gesundheit, Sport und Körperkultur

Auch auf diesem Gebiet stehen Forderungen nach Gleichheit, Qualität, Transparenz und Effektivität im Vordergrund.

Dazu beitragen soll zum einen die Verbesserung des Services, beispielsweise durch bessere Bedingungen in den Warte- und Krankenzimmern oder durch die Veröffentlichung aller medizinischen Fehler und ihrer Folgen. Zusätzlich ist ein Gesetz geplant, das die Rechte und Pflichten zwischen dem medizinischen Personal und den Patienten regeln und schützen soll (**Frist: Juni 2007**).

Des Weiteren ist eine Modernisierung des Gesundheitssystems vorgesehen. Zu diesem Zweck soll eine eigene Arbeitsgruppe gegründet werden, die den Transformationsprozess unterstützt.

Spezielle Managementprogramme für das Pflegepersonal und die Einrichtung eines Zentrums für Information und Gesundheitsprävention sollen die Beziehungen zwischen Patient und Arzt zusätzlich verbessern.

Ein Programm zur Reduzierung von Unfällen und Todesfällen durch die Installation mehrerer Videokameras an den Autobahnen und Kreuzungen in größeren Städten ist in Planung.

Im Bereich der Gesundheitsversicherung wird ein Bürokratie- und Kostenabbau angestrebt. Das Gesundheitssystem soll dynamisiert werden durch Förderung des Wettbewerbs sowie die Einführung eines professionellen Managements mit zwei verantwortlichen Managern, die nach dem „Vier-Augen“-Prinzip arbeiten werden.

Ein weiterer Punkt ist die medizinische Erstversorgung. Deren schwerer Stand der letzten Jahre soll systematisch verbessert und Anreize geschaffen werden für die in diesem Sektor tätigen Ärzte und Pflegekräfte. Daneben ist eine verbesserte

Ausstattung der Zahnarztpraxen und Apotheken mit Medikamenten vorgesehen. Im Apothekenwesen sollen Referenzpreise geschaffen und dadurch die Preise für Medikamente vereinheitlicht werden.

Der Partei schwebt die Idee einer „neuen Generation“ von Krankenhäusern vor. Zur Realisierung soll **bis Juni 2008** der gesetzliche Status und die Besitzverhältnisse aller Gesundheitseinrichtungen geklärt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Prozess der Dezentralisierung und Autonomie im Management vorangetrieben. Wie auch schon bei der Gesundheitsversicherung sollen die Krankenhäuser von zwei Managern geleitet werden (einer davon in jedem Fall ein Ökonom), die ein spezielles Aufnahmeverfahren durchlaufen haben müssen und nach dem Prinzip der „gebundenen Unterschrift“ agieren (**Frist: 2007**).

Öffentliche und private Dienstleister sollen gleichermaßen gefördert werden. Dazu gehört beispielsweise die Förderung privater, gemeinwirtschaftlicher Krankenhäuser. Im Bereich Sport sind für **2006 bis 2010** umfassende Investitionen geplant. Durch den Bau von Sportanlagen, sowie durch die finanzielle Unterstützung von Sportschulen und Trainern sollen ganz unterschiedliche Arten des Freizeit- und Spitzensports, v. a. aber der Fußball gefördert werden. **Bis 2007** soll die große Sporthalle in Skopje fertig gestellt sein. Die Partei will darüber hinaus Anreize für private Investoren schaffen.

Auch im schulischen Bereich wird der Sport einen höheren Stellenwert einnehmen. Strikte Kriterien zur Kontrolle der Lehrer sollen einen guten Sportunterricht ermöglichen. Für besonders talentierte Schüler sind spezielle Förderprogramme vorgesehen. Die Schulen sind dazu angehalten, die Kinder und Jugendlichen auch in der Freizeit zu sportlicher Betätigung zu motivieren.

12. Erziehung

Der Erziehung als Motor für gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung kommt eine bedeutende Rolle zu. Deshalb sollen auf diesem Feld umfassende Investitionen vorgenommen werden. Ab **01.01.2007** soll der Haushaltsbeitrag für Erziehung auf 5% des BIP ansteigen (gemäß EU und OECD Durchschnitt).

In der Praxis sind Maßnahmen vorgesehen, um das schulische Umfeld angenehmer zu gestalten. Dazu gehören beispielsweise die Renovierung der Wohnheime (**Frist: 2006-2009**),¹³ freier Internetzugang in den Wohnheimen (**Frist: 2007**) sowie kostenlose Lehrbücher für Grundschüler einkommensschwacher bzw. mittelloser

¹³ insbesondere das neue Wohnheim in Skopje (**Frist: 2010**)

Eltern (auch zum Herunterladen aus dem Internet) (**Frist: 2007**) und die Bereitstellung kostenloser Schulbusse in den 30 ärmsten Gemeinden des Landes.

Außerdem sollen die Lehrpläne modernisiert werden, insbesondere die der weiterführenden Schulen, um die Schüler auf ihre berufliche Laufbahn in der modernen Marktwirtschaft vorzubereiten. Teil dieses Programms ist das frühe Erlernen von Fremdsprachen. **Ab 2007** soll Englisch Pflichtfach in der ersten Klasse, eine zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse verpflichtend werden. Die Schüler werden **ab 2007** auch mehr Sport treiben: der tägliche Sportunterricht erfordert die Verbesserung der bestehenden bzw. den Bau neuer Sporthallen.

Ab 01.09.2007 soll auch der Ethik- bzw. Religionsunterricht in die Grundschulen eingeführt werden. Überhaupt will die Partei eine allgemeine Schulpflicht einführen und die Eltern der Kinder, die dieser nicht nachkommen, mit schweren Strafen belegen.¹⁴ Laut einer statistischen Erhebung aus dem Jahre 2003 hatten nur 53% der Befragten die Grundschule absolviert und lediglich 6,5% weiterführende Schulen besucht.

Auch nach Ende der regulären Schullaufbahn soll das Lernen weitergehen. Dafür sind verschiedene Fortbildungs- und Weiterbildungsprogramme geplant. Überhaupt soll der Praxiserfahrung ab sofort mehr Bedeutung beigemessen werden. Geplant ist die Einführung eines dualen Systems.¹⁵

Um die Erziehung auf dem erreichten Qualitätsniveau zu halten, sollen standardisierte Kontrolltests durchgeführt werden (**Frist: 2007**).

Auch das Universitätswesen soll wettbewerbsfähiger gestaltet werden: Geplant sind die Gründung privater Hochschulen sowie die Einrichtung einer neuen staatlichen Universität im Osten des Landes (**Frist: 2007**) und einer „Management Academy“.

Ab 2007 werden die heimischen Hochschulen durch ein unabhängiges, möglichst ausländisches Institut in einem Ranking gelistet werden. Wettbewerbsfähig zu sein, bedeutet auch international bestehen zu können. Hierzu soll die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit ausländischen Hochschulen verstärkt werden sowie renommierte Universitäten dazu ermuntert werden, Zweigstellen in Mazedonien zu eröffnen.

13. Kultur

Die Regierung misst der Kultur eine wesentliche Bedeutung im Prozess der EU-Integration bei. Auf dem kulturellen Sektor sieht sie eine Ausgabenerhöhung vor.

¹⁴ Vorrangig wird dies die Roma betreffen.

¹⁵ Nach deutschem Vorbild

Investitionen in die Kultur sollen durch Erhöhung der Einkommenssteuerfreibeträge stimuliert werden. Assoziationen und Mitgliedschaften in internationalen Verbänden und Stiftungen werden unterstützt, der Kulturtourismus und die Pflege des kulturellen Erbes gefördert. Geplant ist die Einführung verbindlicher, den EU-Standards entsprechender Kriterien zur Bewertung der nationalen Kulturgüter.

Die Regierung setzt sich für eine religiöse Erziehung in Schulen ein. Vorgesehen sind Live-Übertragungen der Liturgie der mazedonischen orthodoxen Kirche im nationalen Fernsehen. Die Traditionen und Bräuche der anderen Religionsgemeinschaften sollen gleichwertig gefördert werden. Dazu gehört auch die Renovierung und Rekonstruktion der Kirchen (einschließlich des Millenium-Kreuzes). Der Kirchenbesitz soll rückerstattet werden.

14. Bevölkerung und demographische Entwicklung

Die Bevölkerung bzw. deren Entwicklung ist ein Indikator für das Wirtschaftswachstum sowie die demographische und politische Stabilität des Landes. Eine ausgewogene Bevölkerungspolitik sollte deshalb folgenden Prinzipien folgen:

1. Sensibilisierung der Bevölkerung für eine kontrollierte Geburtenrate
2. Urbanisierung und Modernisierung der Dörfer; Wiederbesiedlung der ländlichen Gegenden Mazedoniens
3. Bedingungen, die das Leben in Mazedonien lebenswert machen und Abwanderung verhindert
4. eine Wirtschaftspolitik, die qualifizierte Arbeitskräfte und Kapital anzieht bzw. ins Land zurückholt
5. Maßnahmen zum Schutz der Familie: Wohnzuschüsse für Frischverheiratete, Schutz der Mutterschaft durch gesetzliche Bestimmungen, geschlechtliche Gleichberechtigung, der Emanzipation, sowie Familienplanung und Elternberatung
6. Maßnahmen zur Förderung der Jugend: Verbesserung der Situation der Jugendlichen, v.a. in den Städten im Bereich Kultur, Sport und Erziehung; aktive Beteiligung in der Gesellschaft, Jugendorganisationen und NGOs; mögliche Einrichtung eines „Young Talent Funds“; Integration benachteiligter Jugendlicher (gleiche Zugangschancen zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen);

III. Übersicht über die Fristen

2006

Sofort

- Steuer- und Zollreform
- In der neuen Regierung wird es zwei Minister ohne Geschäftsbereich, aber mit einschlägigen Erfahrungen auf wirtschaftlichem Gebiet geben, die ausschließlich für ausländische Investitionen verantwortlich sind.
- Kampagnen auf allen Ebenen gegen die Korruption in Regierung und Verwaltung
- Schutz des Agrarlandes vor Hochwasser

30.09.

- öffentliche Aufträge sollen transparenter gestaltet werden

Oktober-November-Dezember

- dreimonatige Frist, innerhalb der die Unternehmen Schwarzarbeit legalisieren können

30.10.

- Separate Aktionspläne gegen die Korruption im Gerichts-, Polizei- und Zollwesen, Gesundheitssystem, in den Inspektionsbehörden und der öffentlichen Verwaltung
- Aktiengesellschaften sollen Aktien nicht mehr nur an Altaktionäre ausgeben können

Oktober

- Senkung der Mehrwertsteuer von 18% auf 5% für landwirtschaftliche Rohstoffe (*bereits umgesetzt*)
- Deregulierung des Telekommunikationsmarktes

Dezember

- Etablierung eines legalen Rahmens zur Interessensregulierung
- Gründung eines Unternehmens, das sich auf den Export mazedonischer Produkte spezialisiert und von einem international erfahrenen Management geleitet wird
- Errichtung eines eigenen Ministeriums für Informationstechnik (für eine Dauer von 5 bis 8 Jahren)

31.12.

- Verteilung der nationalen Rufnummern
- Stärkung der „Agency for Entrepreneurial Support“ und ihrer regionalen Zweigstellen

- Computerisierung der Datenbasis des Amtes für öffentliche Einnahmen
- Funktionsanalyse aller Ministerien und Ausarbeitung eines Strategieplanes für eine effizientere Organisation
- flexiblere Einstellungs- bzw. Kündigungsregelungen; Flexibilisierung der Arbeitszeiten z.B. für Mütter
- Fortsetzung der Kampagne „Buy Macedonian Products“ („Yellow Sun“)
- Entwicklung eines nationalen Aktionsplanes zur Verbesserung der Infrastruktur
- Lizenzenvergabe an in- und ausländische Investoren für den Bau des Korridors 8
- Zulassung mindestens eines weiteren Mobilfunkanbieters; Förderung und Regulierung des Wettbewerbs unter den Kabelanbietern
- Umsetzung der Reformen des Rundfunkgesetzes (kleine und effiziente Verwaltung, unabhängige Regulierungskörperschaften)
- Voller Ausrüstungsstand der Streitkräfte
- Vorbereitung des Projekts „Macedonian Village“ als nationale Touristenattraktion

2007

01.01.

- niedrigere Gewinnbesteuerung
- Wiedererstattung der Mehrwertsteuer innerhalb von max. 30 Tagen. Für jeden darüber hinaus verspäteten Tag wird der Staat einen Strafzins zahlen.
- Betragssenkungen und vereinfachte Steuerschätzung werden das Risiko der Steuerverkürzung höher machen als die Zahlungen
- Einrichtung des Softwarezentrums „Vardar Silocone Valley“
- Förderung des wirtschaftlichen Images des Landes
- „Invest Macedonia“: Koordinierung und Förderung der Export- bzw. Investmentvorhaben mazedonischer bzw. ausländischer Unternehmen
- Förderung des Outsourcings aus den EU-Ländern
- Unterstützung derjenigen Produkte, die auf dem Weltmarkt besonders nachgefragt werden
- Erhöhung des Haushaltsbudgets für Erziehung auf 5% des BIP (gemäß EU und OECD Durchschnitt)

ab 01.01.

- mikroökonomische Reformen (siehe S. 3)

- schrittweise Erhöhung der staatlichen Kapitalinvestitionen von 3 auf 5% des BIP
- Schutz des geistigen Eigentums sowie der Rechte des gewerblichen Grundbesitzes; Bereitstellung effektiver Mittel zur Anwendung und Durchsetzung
- Pirateriebekämpfung

Januar

- Einführung eines „flat rate tax“-Systems mit einem einzigen Steuersatz für die Einkommens- und Gewinnsteuer; zwei Stufen: 12% ab Januar 2007 und 10% ab Januar 2008
- Anwerbung von 20 bis 50 routinierter Investment-Beratungsfirmen

März

- Einrichtung einer Behörde für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Korruption mit einem weiten Verantwortungsspielraum
- neue und gerechtere Verteilung von (staatseigenem) Agrarland

31.03.

- Beginn eines Deregulierungs- und Reformprozesses (siehe S. 3f.)
- Vereinfachung und Verkürzung von Genehmigungsverfahren
- Ausweitung des Factorings und Finanzleasings auf andere Wirtschaftssubjekte (momentan nur den Banken möglich)
- Reduzierung der Einkommenssteuer, 31.03.2007
- Einrichtung eines eigenen zuständigen Amtes für „große“ Steuerzahler
- Einführung eines eigenen und einfacheren Steuersystems für kleine und Kleinstunternehmen mit geringem Gewinn
- Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Lösung zentraler Probleme (Kapitalbeschaffung, administrative Barrieren, Regulierungen und Rechtsunsicherheit)
- Anreize für legale Beschäftigung (Registrierungen!) (Steuersenkungen und Flexibilisierung des Arbeitsrechts)
- Projekt „My First Computer“: 50. 000 PCs sollen Schulen zur Verfügung gestellt und Bürgern zum Einkaufspreis angeboten werden

Juni

- Reformierung des Kredit- und Zentralregisters
- Einführung eines entsprechenden Verzeichnisses über die Verteilung des (staatlichen) Agrarlandes
- Gesetz zur Regelung und zum Schutz der Rechte und Pflichten zwischen dem medizinischen Personal und den Patienten

30.06.

- Konsolidierung der Datenbasis für Wohnanleihen im Zentralregister
- vollständige Einführung staatlicher Kassen. Der Käufer ist nicht verpflichtet, die Güter und Dienste zu zahlen, wenn keine staatliche Rechnung ausgegeben wurde
- Einführung obligatorischer Zertifikate sowohl für mazedonische Exportprodukte als auch für importierte Güter („Red Sun“)
- Einführung des sog. „Document Management System“ im Gerichtswesen

31.07.

- Beschleunigung der Einführung eines einzigen Einheitsgrundbuchs, was Investoren Sicherheit garantieren soll

01.09.

- Einführung des Ethik- bzw. Religionsunterrichts in den Grundschulen

30.09.

- Entwurf moderner Werbematerialien (Tourismus) in mindestens fünf europäischen Sprachen

31.12

- Depolitisierung und Professionalisierung der Beamtenschaft durch Einführung von Einstellungs- und Aufstiegsriterien
- Einführung eines internen Überwachungssystem über die Verwaltung (nach dem Beispiel vieler multinationaler Unternehmen)
- Schaffung von Businesszentren in Gemeinden; kleine Unternehmen haben dadurch die Möglichkeit, gemeinsame Einrichtungen zu nutzen (z.B. Konferenzhallen, Computeranlagen)
- Schaffung eines Netzwerkes kleiner Consultingfirmen
- Einbringung eines neuen Bankengesetzes
- Modernisierung, Automatisierung und Professionalisierung der Zollabwicklung
- Erleichterung der legalen Unternehmensfinanzierung
- Harmonisierung der Berechnungsgrundlagen für die Einkommenssteuer und der Sozialbeiträge
- Einrichtung eines Management Education Centers (bestehend aus einem Konsortium der erfolgreichsten Wirtschaftsunternehmen des Landes)
- Banken sollen Investitionen in die Wirtschaft zu einem Zinssatz von 8-10% tätigen können (Refinanzierung)

- günstigere und längerfristige Darlehen für Landwirte (Kredite mittlerer Laufzeit für Investitionen in Ausrüstung und Gebäude, sowie kurzfristige Darlehen zur Bereitstellung von Arbeitskapital)
- Einbringung von Gesetzen, die aus Mazedonien eine E-Society machen sollen (e-trade, e-commerce, Internet-banking, etc.)
- Einführung des Faches „Informatik“ in den Schulen
- freier Internetzugang in den (Studenten-) Wohnheimen
- Einführung einer neuen Krankenkassenkarte im EC-Kartenformat
- Digitalisierung des Landregisters der Republik Mazedonien; die Bürger werden von nun an innerhalb von 30 Minuten Zugang zu ihren persönlichen Dokumenten haben
- Vernetzung aller Grenzübergänge untereinander und mit dem Informationssystem der EU
- Inbetriebnahme bzw. Fertigstellung der bereits existierenden Kläranlagen (Ausnahme: Gostivar, 2008)
- Inbetriebnahme aller drei Wasserkraftwerke des Landes
- Abschluss des Transformationsprozesses der Streitkräfte
- Krankenhäuser sollen künftig von zwei Managern geleitet werden
- Fertigstellung der großen Sporthalle in Skopje
- kostenlose Lehrbücher für Grundschüler einkommensschwacher bzw. mittelloser Eltern (auch zum Herunterladen aus dem Internet)
- Englisch soll ab der ersten Klasse Pflichtfach werden; eine zweite Fremdsprache wird ab der 5. Klasse verpflichtend
- Erweiterung des Sportunterrichts in den Schulen
- Durchführung standardisierter Tests zur Qualitätskontrolle in Schulen
- Einrichtung einer neuen staatlichen Universität im Osten des Landes

Ab 2007

- Einführung eines Hochschulrankings durch ein unabhängiges, möglichst ausländisches Institut

2008

Juni

- Klärung des gesetzlichen Status und der Besitzverhältnisse aller Gesundheitseinrichtungen

Ab 2008

- Reduzierung der Kosten für neue Fahrzeuge und Bürobedarf der öffentlichen Verwaltung um mind. 30% verglichen mit 2006

31.12.

- Etablierung von mindestens zwei renommierten Finanzinstitutionen
- Bankinvestitionen zu einem „europäischen Zins“ von 5-6%
- Organisierung der öffentlichen Verwaltung nach den internationalen ISO Standards
- Ausbau der Energieleitungen nach Bulgarien, Serbien und Albanien sowie Verbesserung der Nebenstellen
- Förderung der Internetinstallation; Ermöglichung der zeitweise kostenlosen Online-Nutzung
- Fertigstellung des Korridors 10
- Bau neuer Klär- und Filteranlagen
- Bewässerung des landwirtschaftlichen Gebietes in Strumica, Valandovo, Bogdanci und Gevgelija
- Vollständige Restaurierung der Festung (Kale) in Skopje

2009

31.12.

- Zahlungen aus dem SAPARD Programm der Europäischen Kommission für Produzenten von Agrarprodukten
- Bau eines Elektrowärmeleistungswerkes auf Erdgasbasis
- Renovierung der Wohnheime (**Frist: 2006-2009**)

2010

31.12.

- Deregulierung, Abbau von Kann-Bestimmungen und Kontrollmöglichkeiten durch die Bürger
- Herabsetzung der Frist für Konkursverfahren auf sechs bis acht Monate und Kostensenkung auf weniger als 5% des Eigentumswertes
- Reduzierung des Anteils der Staatsausgaben im BIP um zwei Prozentpunkte
- das Haushaltsbudget für die Landwirtschaft soll auf 20 Millionen Euro angehoben werden
- Reduzierung der Zahl der Abwanderer um 50%
- Ausbau des regionalen Straßennetzes und einiger Autobahnabschnitte: Ausbau der Autobahn bzw. Eisenbahnstrecke in Ost-West-Richtung (Türkei – Bulgarien – Mazedonien – Albanien) und Fertigstellung der Autobahn in Nord-Süd-Richtung (Serbien – Montenegro – Mazedonien – Griechenland)

- zusätzliche Grenzübergänge nach Bulgarien, Griechenland und Albanien
- Modernisierung des Gaskraftwerkes TEPS Negotino
- Bau einer neuen Wasserwiederaufbereitungsanlage
- Integration (z.B. durch Beschäftigung) von 400 Waisen
- Schaffung von rund 2.000 (vorübergehenden) Arbeitsstellen
- umfangreiche Investitionen im Bereich Sport
- Fertigstellung des neuen Wohnheimes in Skopje
- Instandhaltung der Flughäfen und Grenzübergänge
- Bau von Rastplätzen entlang der Autobahnen
- Investitionen in archeologische Stätten (Skupi, Stobi, etc.)
- Investitionen in den Bau neuer Museen (Museum der VMRO, Museum für die Opfer des Kommunismus)
- Restaurierung authentischer kultureller Monumente (historischer Stadtturm, Theater in Skopje, das während des Erdbebens zerstört wurde, Konstruktion eines Stadthauses an der Stelle und im architektonischen Stil des ehemaligen Offiziershauses aus ottomanischer Zeit)
- Durchführung der von der EU geforderten Reformen

Übersetzung, Zusammenstellung und Zusammenfassung: Anja Schnabel
 Skopje, Oktober 2006
 Außenstelle Skopje der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
 Mazedonien